



Antragsteller: Fraktionen DIE LINKE und SPD/Grüne

Antragsdatum:
10. Oktober 2011

Beratungsfolge:	Datum		Datum
☐ Dienstberatung Rathausspitze		☐ Umwelt	
☐ Haushalt und Finanzen		☒ Hauptausschuss	19.10.2011
☐ Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		☒ Stadtverordnetenversammlung	26.10.2011
☐ Wirtschaft, Bau und Verkehr		☐ Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
☐ Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA	
☐ Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.			

Antragsgegenstand:

Umsetzung Asylbewerberleistungsgesetz - Gewährung von Geldleistungen statt Gutscheinen für zentral untergebrachte Asylbewerber und geduldete Ausländer

Inhalt des Antrages:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zentral untergebrachten Asylbewerbern und geduldeten Ausländern Geldleistungen statt Gutscheine zu gewähren.

Begründung:

Das Sachleistungsprinzip schränkt die eigenständige Lebensgestaltung der Betroffenen ein und erschwert ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Es liegt hinsichtlich der Leistungen zum Lebensunterhalt eine ungleiche Behandlung zwischen zentral und dezentral untergebrachten Asylbewerbern und geduldeten Ausländern vor.

Nach einem uns vorliegenden Schreiben des MASF vom Juni des Jahres sieht das Land ein verhältnismäßig weites Ermessen der zuständigen Behörden bezüglich der Alternativen zur Gewährung von Sachleistungen. Neben den oben erwähnten Gesichtspunkten seitens der Betroffenen spielen dabei auch solche einer Verwaltungsvereinfachung aus Sicht der Antragsteller eine Rolle.

André Kaun
DIE LINKE

Werner Schaaf
SPD/Grüne

Unterschrift Antragsteller/in

Beschlussniederschrift:

Gremium: ☐ HA ☐ StVV

- ☐ einstimmig ☐ mit Stimmenmehrheit
☐ laut Antragsvorschlag
☐ mit Veränderungen (siehe Niederschrift)

Beschluss-Nr.:

Tagung am: TOP:

Anzahl der **Ja**-Stimmen:

Anzahl der **Nein**-Stimmen:

Anzahl der **Stimmenthaltungen**